

| | |
|------------------------------|--|
| Antrag vom 14.05.2018 | |
|------------------------------|--|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

| |
|------------------------------------|
| Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion |
|------------------------------------|

| |
|-----------------------|
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
|-----------------------|

| |
|---------|
| Betreff |
|---------|

| |
|---|
| Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm und Klärschlammasche – wie ist der Sachstand der Studien? |
|---|

Klärschlamm aus kommunalen Kläranlagen enthält relevante Mengen an Phosphor und stellt ein großes Potential für eine Rückgewinnung dar. Das Klärwerk Stuttgart hat bei der Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärwasser Schritte in die Wege geleitet. Große Anteile des Phosphors befinden sich heute im Klärschlamm.

Seit 2014 thematisieren wir Grüne das Thema Phosphorelimination und Phosphorrückgewinnung mit diversen Anfragen und Anträgen. Zuletzt im Haushalt 2018/19 mit Antrag 476/2017. Mit der Gemeinderats-Drucksache Nr.1222/2017 wurden unsere Fragen nur in Teilen beantwortet. Anlässlich der jetzigen Vorlage 179/2018 sollte nun eine weitere Studie in Auftrag gegeben werden, mit welcher die weiteren Entwicklungen am Markt beobachtet und dann eine Entscheidung über die Frage der Phosphor-Rückgewinnung getroffen werden soll. Bisher plant die Stadt noch keine eigene Phosphor-Rückgewinnung und will erst auf Basis der weiteren Studie entscheiden, wie weiter vorgegangen wird.

Vor einer Entscheidung für die weitere Studie sollten jedoch zunächst die Ergebnisse der bereits durchgeführten Studien dargelegt werden und die weiteren Handlungsoptionen bis zum Jahr 2029 dargestellt werden, bis zu welchem Zeitpunkt größere Kläranlagen eine Pflicht zur Phosphor-Rückgewinnung haben. Im Jahr 2012 wurde eine Studie der Universität Stuttgart zusammen mit Ulm und Karlsruhe durchgeführt. Im Jahr 2015 wurde eine weitere Machbarkeitsstudie mit den Ingenieurbüros Born und Ermel gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe durchgeführt.

Wir beantragen:

1. Der Sachstand bzw. die Ergebnisse der beauftragten Studien werden im Ausschuss für Umwelt und Technik vorgestellt.
2. Die weiteren Handlungsoptionen bis zur Pflicht der Phosphor-Rückgewinnung im Jahr 2029 werden dargelegt.

Gabriele Munk

Björn Peterhoff

Andreas G. Winter